

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

ersch. wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Postbefreiung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: J 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifach. Preistabelle 2. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinbarung auf Postfach 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfchl. Freilage

Tagung des Erweiterten Vorstandes am 16. November 1930.

Die Arbeitslosigkeit hat innerhalb unserer Reihen einen bisher nicht gekannten Umfang angenommen. Der daraus hervorgehenden großen Notlage unserer Verbandsmitglieder Rechnung tragend, hat der Hauptvorstand einen Entwurf für Ergründerunterstützung aller ausgefallenen Mitglieder ausgearbeitet. Der erweiterte Vorstand ist diesem Vorschlag einstimmig beigetreten und kommen nachstehende Unterstufungen zum angegebenen Termin zur Auszahlung:

Verbandsmitgliedern, die am 20. Dezember 1930 arbeitslos oder krank und in der Erwerbslosenunterstützung des Verbandes ausgeschlossen sind; ferner Invaliden, die keine Invalidenunterstützung vom Verband erhalten, wird ab 22. Dezember 1930 und folgende Tage eine einmalige Unterstützung und der Hauptkasse des Verbandes gewährt.

Die Höhe dieser Unterstützung richtet sich nach der Mitgliedsdauer und nach der vom Mitglied geleisteten Beitragsklasse.

Mitglieder, die mindestens 52 oder 156 Wochenbeiträge und darüber gezahlt haben, erhalten sieben Tagesätze. Mitglieder, die 100 Wochenbeiträge und darüber gezahlt haben, erhalten 8 Tagesätze ihrer an die Erwerbslosenunterstützung erhobenen Rechte ausgezahlt.

Mitgliedern, die nur Beiträge in den niedrigsten Stufen (Lehrlingsklasse und Weibereitschaft 1/II, siehe § 28 des Statuts) entrichtet haben, wird ein Betrag von 3 RM. ausgezahlt, wenn bei der Berechnung weniger als 3 RM. herauskommt.

Unterstützungsberechtigte Mitglieder werden gebeten, bis einschließlich zum 31. Dezember 1930 diese einmalige Unterstützung abzugeben; andernfalls erlischt mit dem 1. Januar 1931 der Anspruch auf dieselbe.

Der Hauptvorstand.

Der erweiterte Vorstand nahm eingangs der Tagesordnung den vom engeren Vorstand erstatteten Situationsbericht entgegen. Stark wurde das gesamte Verbandsleben beeinflusst durch das allgemeine Dableben der Wirtschaft und die hieraus entstehende Arbeitslosigkeit. Am härtesten wurden die im Fahrzeugbau beschäftigten Kollegen getroffen. So sind bei Opel, Rüsselsheim, bedeutende Schwantungen des Beschäftigungsstandes festgestellt worden; in anderen namhaften Fahrzeugbetrieben wie Benz, Mannheim, u. a. ist mit eintretender Stilllegung zu rechnen.

Geradezu katastrophal gestaltete sich die Lage in der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie. Die Konjunktur in der Waggonindustrie ist abhängig von den Aufträgen des Reichs und der Kommunen und deshalb starken Schwankungen ausgesetzt. In der Kabinenwagenindustrie hat die Rationalisierung und das stufenweise Fortschreiten gemacht, und ist die Zahl der Beschäftigten dauernd zurückgegangen. Die Textilindustrie stand bisher verhältnismäßig noch am günstigsten; jetzt hat ebenfalls die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zugenommen.

Für das Tapezierergewerbe sind die Arbeitslosenziffern besonders hoch. Nur in wenigen Bezirken ist etwas günstiger. Gut ist zurzeit, infolge des Weihnachtsgeschäftes, die Beschäftigung in einigen Fabrikationsorten, in denen Stapelmöbel, Korbmöbel,

Auslegematrizen und ähnliches für Warenhäuser, Möbelgeschäfte und Abzahlungsfirmen hergestellt werden.

Die andauernde große Arbeitslosigkeit eines erheblichen Teiles unserer Berufsangehörigen ist natürlich nicht ohne Einfluß auf den Stand der Organisation gewesen. Nach dem Tiefstand im Jahre 1926 mit 22 663 männlichen und 4707 weiblichen Verbandsmitgliedern, konnte in den Geschäftsjahren 1927, 1928 bis Mitte 1929 eine stetige Steigerung verzeichnet werden. Der Höchststand betrug am Schluß des 2. Quartals 1929 31 650, darunter 25 462 männliche und 6 188 weibliche Verbandsangehörige. Mit der steigenden Wirtschaftskrise geht diese Zahl allmählich zurück und waren Ende September 1930 noch 23 873 männliche und 5 209 weibliche Verbandsmitglieder vorhanden. Die Erfahrungen aus früheren Krisen haben uns gelehrt, daß sich derartige Rückfälle bei eintretender besserer Konjunktur recht bald wettmachen lassen.

Die Agitationsmöglichkeiten werden durch die Krise und ihre Auswirkungen stark gehemmt. Trotzdem wurde nichts unterlassen, das dazu dienen konnte, an die indifferenten heranzukommen. Die allgemeinen gewerkschaftlichen Bildungsmöglichkeiten wurden gefördert und nach besten Kräften finanziell gestützt. Besonderes Augenmerk ist der Gewinnung und Heranziehung der Lehrlinge und der Jugendlichen gewidmet worden.

Die Vorarbeiten zur Schaffung einer Lehrplangordnung sind soweit gediehen, daß die Aussicht besteht, in absehbarer Zeit mit dem Reichsverband Deutscher Tapezierermeister zum Abschluß zu kommen. Differenzen bestehen in dieser Frage noch mit dem Reichsverband Deutscher Sattlermeister, und es steht noch dahin, ob es gelingen wird, eine Ueberbrückung dieser Meinungsunterschiede zu erzielen.

Immer schwieriger gestalten sich die Tarif- und Lohnverhandlungen. Besonders sind es die Offenbacher Lederwarenindustriellen, die den Neuabschluß des Mantelvertrages sabotieren. Der Reichsmantelvertrag für die Textilindustrie ist wieder auf ein Jahr abgeschlossen. Für das Tapezierergewerbe laufen, mit wenigen Ausnahmen, die Beiträge; einige kleinere Abschlüsse sind dazu gekommen.

Der Abbau von Tariflöhnen konnte bisher vermieden werden. Dagegen ist eine bedeutende Senkung der Akkordpreise und der Ueberberdienste zu verzeichnen. Außerdem gehen die Arbeitgeber dazu über, die anhaltende schwere Krise und die daraus entstehende Not zur tariflichen Lohnsenkung auszunutzen. Bei künftigen Lohnabkommen dürfte die Dauer der Laufzeit dieser Abkommen eine größere Rolle spielen als dieses bisher der Fall gewesen ist. Mehr als bisher werden für künftige Verhandlungen genaue statistische Unterlagen über Struktur des Betriebes, Lohnanteil am Fertigprodukt, Zerlegung des Produktionsprozesses, Anteil von Frauenarbeit und ähnliches benötigt. Den Kollegen im Reich ermahnt daraus die Verpflichtung, allen statistischen Erhebungen der zuständigen Verbandsstellen größte Beachtung zu schenken. Nur so ist es den dazu berufenen Vertretern der Kollegenschaft möglich, an der Hand einwandfreier Unterlagen alle unberechtigten Angriffe abzuwehren. Die Tendenz der Schlichter, die von oben herab Anweisungen erhalten haben, geht dahin, in ihren Schlichtsprüchen die Senkung des Lohnniveaus zu beschleunigen. Für die Verbandskollegen ermahnt daraus die Verpflichtung, diesen Lohnabbau mit allen verfügbaren Mitteln abzuwehren, im übrigen müssen wir auch in Zukunft

tarifliche Bindungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben.

Die Kassenverhältnisse des Verbandes sind zurzeit trotz der hohen Anforderungen zufriedenstellend. In Erwerbslosenunterstützung wurden gezahlt:

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Reiseunterstützung	174 RM.	475 RM.	457 RM.
Arbeitslosenunterstützung	138 043 RM.	93 496 RM.	120 798 RM.
Krankenunterstützung	34 040 RM.	23 509 RM.	22 490 RM.

An die Invalidenunterstützung wurden von Anfang an hohe Anforderungen gestellt. Es wurden ausgezahlt:

	im 2. Quart.	in 276 Fällen	6361 RM.,	im Durchschn.	30,30 RM.
	im 3. Quart.	in 303 Fällen	9523 RM.,	im Durchschn.	31,40 RM.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht wurde besonders das verbandsschädigende Treiben der RGO, einer scharfen Kritik unterzogen. Allgemein vertraten die Vertreter der Kollegen im Reich die Meinung, daß der Verband, wenn er sich nicht selbst aufgeben will, für die Zukunft derartiges nicht mehr dulden kann.

Stark abfällig kritisiert wurde die Einstellung der Offenbacher Lederwarenindustriellen. Der erweiterte Vorstand vertrat einstimmig den Standpunkt, daß der Neuabschluß eines Mantelvertrages für dieses Tarifgebiet zu fördern ist. Alle Vorstandsvorleiter sprachen aus, daß alle gangbaren Wege einzuschlagen sind, um aus der jetzigen Misere herauszukommen. Als Ergebnis des Berichts und der Diskussion wurde nachstehende Entschlieung einstimmig angenommen.

Entschlieung.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes nimmt auf seiner Tagung am 16. November 1930 Stellung zur Auswirkung der Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder hat einen bisher nie gekannten Umfang erreicht. Fest steht, daß unsere Organisation im Oktober 1930 prozentual die höchste Arbeitslosenziffer aller dem DDBV angeschlossenen Verbände erreicht hat.

Angeichts dessen und der Tatsache, daß die Zahl der Erwerbslosen noch immer im Steigen begriffen ist und Millionen Arbeiter mit ihren Familien schwer unter der Wirtschaftskrise leiden, muß den Verantwortlichen erneut das Bewußtsein geschärft werden, alles Erforderliche zu unternehmen, um eine Belebung der Wirtschaft herbeizuführen.

Scharf zu verurteilen ist die sich abzeichnende Praxis, durch Schlichtsprüche die Tariflöhne zu senken. Daß die Dauer der Krisenzeit zum Abbau der Akkordlöhne und der tariflichen Ueberberdienste wesentlich beigetragen.

Von den Regierungen des Reichs und der Länder wird mit besonderem Nachdruck gefordert, eine allgemeine durchgreifende Preislenkung zur Verbilligung der Lebenshaltung durchzuführen. Der bisher erzielte sehr geringe Preisabbau fordert zum stärksten Protest heraus, da er in keinem Verhältnis zur erfolgten Senkung des Einkommens der Arbeiterschaft steht und die Gefahr in sich birgt, daß sich, wenn eine

weitere Schwächung der Konjunktion erfolgt, die Krise noch mehr verschärft als es bereits der Fall ist.

Der Standpunkt vieler unserer Arbeitgeber, daß sich in unseren Industrien und Gewerben mit Vohreduzierung eine Steigerung der Produktion erzielen läßt, ist schon deshalb falsch, weil sich eine Verminderung der Einnahmen großer Schichten der Bevölkerung für die Artikel, die in unseren Branchen angefertigt werden, nachteilig auswirken muß.

Der Erweiterte Vorstand erachtet es deshalb als seine vornehmste Pflicht, allen Verfassungen, die darauf hincielen, die Lebenshaltung seiner Mitglieder noch weiter herabzusetzen, energisch entgegenzutreten.

Dieser Kampf kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Mitglieder treu zur Organisation stehen und durch Geschlossenheit zum einmütigen Handeln sich verbunden fühlen.

Der Erweiterte Vorstand erneuert seinen im Oktober 1928 gefassten Beschluß, der dahin geht, daß alle Propaganda der Verfechtung, wie sie die A.G.C. auch in unserer Organisation betreibt, auf das Schärfste verurteilt wird.

Verbandsmitglieder, die in der jetzigen ersten Zeit die Grundlagen der Organisation unterminieren und der A.G.C. angehören, stellen sich außerhalb unseres Verbandes und haben die vollen Konsequenzen aus ihrem gewerkschaftsfeindlichen Verhalten zu tragen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erfolgte die Beschlußfassung über die vom Hauptvorstand eingebrachte Vorlage einer Extrarückstellung für die ausgesteuerten Erwerbslosen einstimmig. Wir bringen die diesbezügliche Bekanntmachung am Anfang dieses Berichtes.

Die Angestellten des Verbandes haben gemäß den Vorschlägen des Bundesausschusses des ADGB freiwillig auf je 10 bis 15 Proz. des 300 Mt. übersteigenden Teils ihres Gehalts verzichtet. Den Verbandskollegen, die in ähnlichen festen Anstellungsverhältnissen stehen, wird anheimgegeben, diesem Beispiel beizutreten.

Nach Erledigung einiger verwaltungstechnischer Angelegenheiten schloß Kollege Gerhardt die Tagung mit einem Appell an alle Verbandsmitglieder. Trotz der ersten Lage soll unser aller Bestreben dahin gehen, die Garantien zu schaffen, daß alle mit Vertrauen auf die Organisation der Zukunft entgegenstehen können.

Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung in Sowjet-Rußland.

In Sowjetrußland sind zwei neue arbeitsrechtliche Erlasse ergangen: der eine betrifft die Arbeitsvermittlung, der andere die Einstellung der Zahlung von Arbeitslosenunterstützung. Beide Maßnahmen haben die Bekämpfung des Mangels an Arbeitskräften zum Zweck. Die erste sieht Strafmaßnahmen gegen alle Personen vor, die sich weigern, eine ihnen vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeit anzunehmen oder die diese Arbeit verlassen. Die zweite Maßnahme brachte eine vollständige Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung mit sich.

Nach den amtlichen Statistiken ist die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen in Rußland seit Anfang dieses Jahres von 1 250 000 auf etwa 800 000 gesunken. Es darf in diesem Zusammenhang jedoch nicht vergessen werden, daß zahlreiche Personen, die bestimmten Gesellschaftsklassen angehören, nicht das Recht haben, die Arbeitsvermittlung in Anspruch zu nehmen und daß die Listen der Arbeitsämter in den letzten Monaten ganz beträchtlich „geäubert“ worden sind. Es darf ferner daran erinnert werden, daß die russischen Gewerkschaften kaum Arbeitnehmer zulassen, die nicht „proletarischen“ Ursprungs sind und deren Regierungstreue nicht festgestellt ist. Es ist weiter bekannt, daß es für einen nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter schwer ist, Arbeit zu bekommen. Es wäre aus diesem Grunde falsch zu glauben, die Zahl der 800 000 eingetragenen Arbeitslosen entspreche der tatsächlichen Arbeitslosigkeit.

Zweifellos hat sich die wirtschaftliche Tätigkeit Rußlands ganz beträchtlich entwickelt, und dieser Aufschwung ist in hohem Maße die Folge einer Geldinflation, die zu beträchtlichen Preissteigerungen Anlaß gegeben hat.

Um den Mangel an Arbeitskräften zu steuern, hat die Sowjetregierung draconische Maßnahmen ergriffen. Die Arbeitslosenunterstützung wurde plötzlich und ausnahmslos beseitigt. Der Arbeiter muß die ihm vom Arbeitsamt nachgewiesene Beschäftigung annehmen, selbst wenn die Arbeit nicht seinem Beruf entspricht oder außerhalb, zuweilen in anderen Bezirken, verrichtet werden muß. Wenn er aus anderen als Gesundheitsgründen sich weigert, die

Arbeit anzunehmen, wird er aus den Listen der Arbeitsämter gestrichen und bleibt sich selbst überlassen. Ein Facharbeiter, der Arbeit hat, kann gegen seinen Willen zu einer anderen Arbeit in irgendeinem Bezirk Rußlands kommandiert werden, wenn diese Verlegung im Interesse der russischen Wirtschaft notwendig scheint. Jeder Arbeiter, der seine Arbeit freiwillig verläßt oder infolge Bruches der Arbeitsdisziplin gefeuert wird, gilt als Deserteur, der aus den Listen der Arbeitsämter gestrichen werden kann. Diese Maßnahmen sind zweifellos sehr streng. Sie zeigen, daß die Russen sich durch kein Hindernis in der Durchführung des Fünfjahresplans aufhalten lassen wollen.

Nationale Lederwarenumarke in England.

Dem Vorgehen des Verbandes englischer Schuhfabrikanten folgend, der sich von der Führung einer allen Verbandsmitgliedern zu verleiheuden Verbandsnumarke „British Made“ eine Förderung des Umsatzes im Inlande fabrizierter Schuhwaren versprach, wollen auch die englischen Lederwarensfabrikanten eine ähnliche Ursprungsnumarke für Sattler-, Koffer- und Lederwaren einführen. Die Leitung der „National Leather Goods and Saddlery Manufacturers Association“ verspricht sich von einer solchen Nationalnumarke eine weit höhere Berücksichtigung englischer Lederwaren durch die englische Käuferschaft, was unter Anhebung des schlechten Geschäftsganges und der herrschenden Arbeitslosigkeit in der englischen Lederwarenumarke als sehr wünschenswert bezeichnet wird. Zudem soll in Verbindung mit dem Schlagwort „Kauft englische Waren“ eine englische Gemeinschaftswerbung für Lederwaren aller Art entfaltet werden.

Gemeinsame Maßnahmen zum Preisabbau.

Am 17. November traten die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des ADGB, des Sozialdemokratischen Partei und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Bundeshaus des ADGB, zu einer Besprechung zusammen, um die Möglichkeiten eines durchgreifenden Abbaues der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erörtern. Die Vertreter der Konsumgenossenschaften schwebten an reichem Zahlenmaterial die von ihnen selbst seit dem letzten Jahr durchgeführten Preisermäßigungen und wiesen auf die steuerlichen und gesellschaftlichen Hemmnisse hin, durch die ihre gesamte Tätigkeit und damit auch die Fortführung der Preisabbauaktion zurzeit erschwert wird. Sie kennzeichneten an einer Reihe von Beispielen die Unzulänglichkeit der Ergebnisse der bisherigen, von der Regierung eingeleiteten Aktion. Die Konsumgenossenschaften würden aber trotz dieser starken Widerstände überall, wo sich die Möglichkeit bietet, weitere Preisentungen vornehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen kamen überein, durch planmäßiges Zusammenwirken der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Konsumgenossenschaften einen entschärften Kampf um den Abbau der Preise zu führen.

Baut Wohnungen!

Das Brünning-Programm bringt mit der Kürzung der Hauszinssteuerbewilligungen von 800 auf 400 Millionen eine beinahe an Drofflung grenzende Einschränkung des Wohnungsbaues. Den Berechnungen der Sachpreise zufolge, dürfte künftig höchstens mit einem jährlichen Zugang von 100 000 bis 125 000 Neubauwohnungen zu rechnen sein. Die so notwendige Arturbelastung des Wirtschaftslebens vom Baumarkt her, wofür an sich gegenwärtig infolge der sinkenden Materialpreise die Möglichkeit gegeben wäre, wurde ins Gegenteil gekehrt. Wie falsch die im Regierungsprogramm entwickelte Wohnungspolitik ist, wird ersichtlich, wenn die künftige Entwicklung des Wohnbedarfes in Rechnung gestellt wird. In der Wirtschaftskrise (Juli 3, 1930) betrug der Brutto-Wohnbedarf 3,9 Millionen Wohnungen unter dem Gesichtspunkt des Bau- und Wohnungsmarktes. Für das Jahrzehnt 1930/39 berechnet kann einen Wohnbedarf von 3,9 Millionen Wohnungen gegenüber der amtlichen Schätzung von 3,6 Millionen. Der objektive Wohnungsbedarf würde also für diese Zeit zwischen 300 000 bis 300 000 Wohnungen im Jahre liegen. Der Schätzung wurde zugrunde gelegt, daß neben den bisher noch Wohnungslosen und den Bewerberkreisen diejenigen untergebracht werden müssen, die zur Zeit in bauwürdigen und in überfüllten Wohnungen wohnen, und daß darüber hinaus eine Wohnungsreserve zu schaffen sei. Denn auch die Bildung einer Wohnungsreserve ist notwendig, da allein dadurch eine Freizügigkeit der Arbeitskräfte gewährleistet wird, was um so wünschenswerter und notwendiger ist, als die Nationalisierung häufig örtliche Umfahrungen und Anpassungen erforderlich macht, die nur bei Vorhandensein einer gewissen Wohnungsreserve (vor dem Kriege 2 Prozent aller Wohnungen) möglich sind. Auch die

Tatsache, daß für spätere Zeiten mit der Auswirkung des Geburtenrückganges ein Nachlassen des Wohnungsbedarfes zu erwarten ist, kann die Notwendigkeit des Wohnungsbaues nicht aus der Welt schaffen. Einmal wird auch in den Jahrzehnten 1940/1950 ein zwar verringertes, aber doch erheblicher Wohnungsbedarf vorhanden sein (von 1940/50 jährlich etwa 120 000 Wohnungen), darüber hinaus dürfte dann die Zeit gekommen sein, wo wir daran denken müssen, in großzügiger Weise durch Altstadtsanierungen, Befreiung von Kellerwohnungen und sonstigen unanständigen Behaufungen eine Wohnungsreform vorzunehmen, deren Kosten durch ein Ansteigen der Volksgesundheit und Arbeitsfähigkeit weitgemacht werden würden.

Es geht auch so!

Sechsstundenschicht in der Harburger Deindustrie. Durch Verhandlung des Fabrikarbeiter-Verbandes mit den Arbeitgeber der Harburger Deindustrie wurde die Sechsstundenschicht bei der Firma Brinmann u. Mergell eingeführt. Infolge der Einführung der Sechsstundenschicht bei dieser Firma wurde die Entlassung von 80 Mann vermieden und es wurde die Einstellung weiterer 280 Arbeiter gleich und so weiterer in nächster Zeit erreicht. Der Firma Brinmann u. Mergell folgten Thörl's Vereinigte Deindustrie mit der Einführung der Sechsstundenschicht. In den Betrieben dieser Firma wurden dadurch rund 500 Leute und bei der Firma Roblé u. Thörl 150 Arbeiter neu eingestellt. In der gesamten Deindustrie Harburgs werden infolge der Einführung der Sechsstundenschicht auf eine bestimmte Zeit rund 900 Arbeitskräfte neu in den Produktionsprozeß eingeführt. In erster Linie sollen Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Ausgesteuerte eingestellt werden. Der „Proletarier“, der über diese Vereinbarungen berichtet, fügt hinzu: „Die Harburger Deindustrialen sind dabei von dem Grundgedanken ausgegangen, daß sie auf eine bestimmte Zeit zunächst mit der Sechsstundenschicht vorlieb nehmen wollen, damit Arbeitslose dem Produktionsprozeß wieder zugeführt werden können. Das ist praktische Ausübung der Solidarität für die Arbeitslosen.“

Berichte aus den Verwaltungen

Rüsselshelm. In der letzten Mitgliederversammlung am 5. d. M. berichtete unser Arbeiterratmitglied, Kollege Diehl, über die mit der Firma Opatz geflorenen innerbetrieblichen Lohnverhandlungen, um den bereits getätigten Abschluß des Abkommens. Dieses Lohnabkommen basiert nicht mehr wie früher auf Fachgruppen und Altersklassen sondern weit vollständig neue Grundätze auf. Die Bezahlung erfolgt nach der Art des einzelnen Arbeitsvorganges. Die Bewertung und Einstufung der einzelnen Arbeitsvorgänge erfolgt nach Maßgabe der hierfür erforderlichen Geschicklichkeit, Gewissenhaftigkeit und Verantwortung. Das Abkommen sieht fünf Gruppen vor, die sich wiederum in je 3 bis 7 Klassen gliedern. Ein umfangreiches Operationsverzeichnis gibt Aufschluß, nach welcher Gruppe und Klasse die einzelne Arbeit bezahlt wird. Die erste Gruppe umfaßt nur Bohrarbeit und sieht einen Stundenlohn von 0,85 bis 1,80 Mt. vor. Für Akkordarbeiter (Bandarbeit) sind Akkordhöhen von 0,95 bis 1,15 Mt. festgelegt. Hier sollen bei vollwertiger Durchschnittsleistung 35 Proz. Ueberverdienst erzielt werden. Ähnliche Akkorde sollen bei Aufnahme der Produktion ausgestellt werden. Die Postarbeiten fallen nach der getroffenen Einstufung in Gruppe B Klasse 3, 4 und 5 mit einem Leistungslohn von 1,05, 1,10 und 1,15 Mark.

Wohl ist mit diesem Abkommen ein lang gehegtes Bestreben der Gewerkschaften und der Spitzelbelegschaft, den Lohn den besonders gearteten Arbeitsmethoden des Betriebes anzupassen, verwirklicht worden. Jedoch wird erst die nächste Zeit lehren, inwieweit die Durchführung der Richtlinien dem einzelnen Arbeiter ein Plus gegenüber seinem bisherigen Lohn erwächst. Der Kern der Sache hängt für uns der Aufbau der Akkorde sein. Davon hängt es ab, ob die Möglichkeit besteht 35 Proz. Ueberverdienst zu erzielen. Sollten hierbei die bisher zur Anwendung gekommenen Methoden maßgeblich sein, so wird von einem Ueberverdienst wohl kaum die Rede sein können. Diese Ansicht kam auch bei der überreichen Aussprache zum Ausdruck. Obwohl von der Firma berichtet wurde, daß für Akkordarbeiter aus Grund der bisherigen Leistung ein Mehrverdienst erzielt wird, stehen die Kollegen der Sache sehr skeptisch gegenüber. In einer Zeit des allgemeinen Lohnabbaues glaubt niemand an die Möglichkeit eines Mehrverdienstes.

Das Ueberstundenwesen in einigen Abteilungen des Wertes wurde scharfer Kritik unterzogen. Kollege Diehl weist darauf hin, daß die umfangreichen großzügigen Umstellungen im Betrieb so schnell wie möglich zu Ende geführt werden sollen, damit die Produktion wieder aufgenommen werden kann und somit ein größerer Teil der früheren Belegschaft zur Einstellung gelangt.

Zwischenbilanz des Krankenscheins.

In einer neuen Verordnung hat sich die Reichsregierung gezwungen gesehen, gewisse, allzu offensichtliche Härten der durch die Notverordnung eingetretenen Verschlechterung des Krankentassenwesens zu mildern. Trotz dieser Milderungen bleibt jedoch der Krankenschein untragbar. Daraus zeugt ein aufschlußreicher Artikel der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 846), der die Auswirkungen der Notverordnung zur Krankenversicherung einer kritischen Betrachtung unterzieht. Trotz der kurzen Zeit, die seit dem Inkrafttreten der Notverordnung verlossen ist, muß als wichtigste Auswirkung die Tatsache verbucht werden, daß eine Anzahl Hilfsbedürftiger auf Rat und Hilfe des Arztes verzichten, weil sie einfach nicht in der Lage sind, den vom Gesetzgeber auferlegten Kostenanteil zu bezahlen. An eindrucksvollen Beispielen wird gezeigt, wie gerade auf dem so wichtigen Gebiet der Seuchenbämpfung die Notverordnung zu ernsthaften Gefährdungen der Gesundheit führen muß. In einer deutschen Mittelstadt trat im September dieses Jahres in einem Kindergarten eine Epidemie auf; doch wurden von den von der Epidemie befallenen Kindern nur zwei dem Arzt gezeigt, während die übrigen Fälle ohne ärztliche Hilfe von den Eltern zu Hause zu heilen versucht wurden. In der gleichen Stadt stellte der Kreisarzt fest, daß die Meldungen von erkrankten, anmeldepflichtigen Infektionskrankheiten plötzlich seit der Notverordnung um mehr als die Hälfte zurückging. Wer aber weiß, daß bei mehreren dieser Krankheiten, vor allem bei Diphtherie und Scharlach, allein die frühzeitige Behandlung ernste sozialhygienische Gefährdungen zu verhindern vermag, wird die Gefahren nicht gering einschätzen, die der Allgemeinheit dadurch drohen, daß im ersten leichten Anfangsstadium der Krankheit die Familie aus Angst vor den Kosten den Arzt nicht ruft.

Kongreß des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes.

(NGB.) Der diesjährige Kongreß des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) konzentrierte sich hauptsächlich auf die Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit. Er kam dabei zu dem Schluß, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit das Uebel nur teilweise beseitigt werden kann. Sollen die durch Nationalisierung und Mechanisierung brotlos gewordenen Arbeiter wieder Beschäftigung finden, so muß zwei Faktoren Aufmerksamkeit geschenkt werden, d. h. es muß die Arbeitszeit verkürzt und das Lohnniveau aufrechterhalten bleiben bzw. erhöht werden. In dem Bericht des vom Kongreß zur Behandlung dieser Frage eingesetzten Komitees heißt es in diesem Zusammenhang u. a.:

„Das Komitee fühlt sich zu der Feststellung verpflichtet, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht das einzige Mittel ist, um der durch die dauernde Erhöhung der Produktionskapazität geschaffenen wirtschaftlichen Gefahren zu begegnen. Das Komitee stellt sich auf den Boden der wirtschaftlichen Tatsache, daß man von der Verkürzung der Arbeitszeit nicht eine Verbesserung der Arbeitslosigkeit erwarten kann. Im besten Falle kann eine solche Maßnahme zur Milderung der Krise beitragen. Die in unserem Lande eingetretene Arbeitslosigkeit ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Löhne nicht im gleichen Verhältnis liegen wie die Produktionskraft des einzelnen Arbeiters in der Industrie, in Transportwesen und in der Landwirtschaft. Die ausgezahlten Löhne haben die Massen bei weitem nicht in die Lage versetzt, die Produkte ihrer eigenen Industrie zu konsumieren. Es ist dieser ungelunde und unwirtschaftliche Lohn, der die Aufstapelung der Güter in den Lagerhäusern veranlaßt und Depressionsperioden erzeugt.“

„Die Frage des kürzeren Arbeitstages ist einer der Faktoren, der die Quantität der Produktion bestimmt, während die Löhne für das Quantum des Konsums verantwortlich sind.“

Was die Verkürzung der Arbeitszeit als Teilmaßnahme betrifft, so lagen verschiedene sehr weitgehende Resolutionen vor; so wurde u. a. der Fünftages- und Sechstages-Tag (2 Schichten zu je 5 Stunden, vormittags und nachmittags) vorgeschlagen. Der Kongreß sprach sich im Prinzip für die Fünftageswoche aus und beauftragte im übrigen die Exekutive, bis zum nächsten Kongreß zuverlässiges Material über die Auswirkungen der Mechanisierung und Arbeitszeitverkürzung zu beschaffen. Im Hinblick auf sofortige Maßnahmen zur Beseitigung der Not der Arbeitslosen befürwortete der Kongreß folgende Schritte: Die Exekutive der A. F. of L. soll sich sofort nach dem Kongreß mit Präsident Hoover in Verbindung setzen und ihn zur Einsetzung eines nationalen Komitees zur Einleitung und Beschleunigung öffentlicher Arbeiten auffordern. Die gewerkschaftlichen Föderationen der einzelnen Staaten und die örtlichen Gewerkschafts-funktionen sollen gegenüber den entsprechenden Behörden auf ähnliche Maßnahmen dringen. Endlich soll alles unternommen werden, um die öffentlichen

Meinung für das Arbeitslosenproblem zu interessieren und die Notwendigkeit sofortiger Hilfe in den Vordergrund zu heben.

Die staatliche Arbeitslosenversicherung wurde auch diesmal vom Kongreß der A. F. of L. abgelehnt. Die zur Behandlung dieser Frage eingesetzte Kommission stellte sich auf den Standpunkt des Präsidenten Green, der vor kurzem die staatliche Arbeitslosenversicherung als eine Art Almosen bezeichnet hat, das eines freien amerikanischen Arbeiters unwürdig sei. Eine solche Unterstützung, heißt es in dem Bericht der genannten Kommission, würde den Arbeiter seiner mühsam erworbenen Freiheit berauben und ihn der Überwachung der Bundesbehörden sowie der Behörden der einzelnen Staaten unterstellen. Denn diese würden ihn zur Einschreibung und damit zuzusagen zur Führung eines „wirtschaftlichen Passes“ zwingen. Im gleichen Zusammenhang sprach sich hingegen der Kongreß für Alterspensionen aus. Die berichtstattende Kommission legte dar, daß sowohl die Tendenz der Herabsetzung des Alters für die Gewährung der Alterspension vorhanden sei, hingegen die Behandlung des Problems durch die fortschreitende Beschleunigung des Arbeitstempos in den USA. schwierig gestaltet werde. Durch Alterspensionen könne das Problem der frühen Ausscheidung des Arbeiters aus dem Produktionsprozeß nicht vollständig gelöst werden, da bereits in 11 Staaten, in denen die Alterspension in Kraft steht, das Bezugsalter festgelegt ist und zwischen 65 und 70 Jahren schwankt. Andererseits gab das Komitee zu, daß ein Arbeiter, der mit 45 bis 50 Jahren aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet wird, nicht warten kann, bis er im 65. Altersjahr die staatliche Pension erhält.

Abgesehen von diesen wichtigen und eng miteinander im Zusammenhang stehenden Problemen, beschäftigten den Kongreß verschiedene Punkte, die schon auf früheren Tagungen der A. F. of L. zur Sprache kamen. So wurde die energische Fortsetzung der Kampagne zur Organisierung der Arbeiterkraft in den südlichen Staaten der USA. sowie die weitere Unterstützung des gegen die Einheitsbefehle gerichteten Gesetzes von Norris (das zurzeit dem Senat vorliegt) beschlossen. Ferner wurde die Politik der Unabhängigkeit von jeder Partei und Parteipolitik bekräftigt.

Die Mitgliederzahl der A. F. of L. ist im vergangenen Jahre um 25 000 auf 2 900 000 gestiegen. Die Exekutive der A. F. of L. wurde einstimmig wiedergewählt.

Rückgang der Industriearbeiterschaft?

Die Anzahl der Fabrikarbeiter, überhaupt der Industriearbeiter hat sich im 19. Jahrhundert außerordentlich vergrößert. Das Land, die Landwirtschaft, die Landarbeiter traten immer mehr an Bedeutung zurück, während die Industrie, die Fabrik, das industrielle Proletariat immer mehr an Bedeutung gewannen. Das war so in England, in Amerika, in Frankreich, in Deutschland und anderswo.

Diese Entwicklung setzte sich im 20. Jahrhundert bis zum Ende des zweiten, Anfang des dritten Jahrzehnts fort. In den Vereinigten Staaten brach im Jahre 1920, in Deutschland wohl mit dem Ende des Krieges ab. Die verhältnismäßig starke Zunahme der Industriearbeiter hat ziemlich plötzlich aufgehört; ja, die Zahl der Fabrikarbeiter hat in Amerika bereits nicht unbeträchtlich abgenommen, und auch in Deutschland findet heute eine rückläufige Bewegung statt.

Wie ist das zu erklären? Betrachten wir zunächst die Zahlen selbst. Die Gesamtzahl der erwerbsfähigen Arbeitnehmer (einschließlich Arbeitsloser und Kranter) betrug:

1913/14 (Vortriebsgebiet)	18 340 000
1924	19 445 000
1925	20 635 000
1926	20 770 000
1927	21 625 000
1928	22 200 000
1929	22 555 000

Da die Bevölkerung dauernd wuchs, und da die wirtschaftliche Lage eine so schlechte war, daß die Anzahl der Rentner weder verhältnismäßig noch absolut steigen konnte, ist es nur natürlich, daß mehr und mehr Menschen gezwungen wurden, sich ihr täglich Brot arbeitend zu verdienen, das heißt erwerbsfähig zu werden. Der Prozentsatz der erwerbsfähigen Arbeitnehmer von der Gesamtbevölkerung war:

1913/14	27,2	1927	33,8
1924	30,9	1928	34,5
1925	32,7	1929	34,8
1926	32,4		

Das Heer der Arbeitnehmer, das Heer der Arbeiter und Angestellten ist also nicht nur von Jahr zu Jahr gewachsen, es hat auch verhältnismäßig mehr und mehr zugenommen. Während in der Vorkriegszeit nur etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung hauptsächlich als Arbeitnehmer erwerbsfähig war, ist es heute über ein Drittel. Natürlich arbeiten nicht

alle Erwerbsfähigen; ein Teil ist krank und ein größerer Teil ist arbeitslos. Wenn wir die Kranken und Arbeitslosen abziehen, erhalten wir die Anzahl aller tatsächlich arbeitenden erwerbsfähigen Arbeitnehmer; sie betrug:

1913/14 (Vortriebsgebiet)	17 115 000
1924	17 695 000
1925	19 000 000
1926	17 625 000
1927	19 200 000
1928	19 760 000
1929	19 505 000

Während die Anzahl der erwerbstätigen Arbeitnehmer von Jahr zu Jahr zunahm, finden wir, daß die Anzahl derer, die tatsächlich arbeiteten, bald zunahm, bald abnahm. Krankheit und insbesondere Arbeitslosigkeit sind also in unserer Wirtschaft so einflußreiche Faktoren, daß die Anzahl der tatsächlich Arbeitenden sinken kann, auch wenn die Anzahl derer, die auf Arbeit zum Erwerb des täglichen Unterhalts angewiesen sind, steigt. Im ganzen ging aber auch hier die Tendenz in aufsteigender Richtung.

Von diesen Arbeitnehmern ist auch heute noch die Mehrzahl in der Industrie beschäftigt. Die Anzahl derer, die als Industriearbeiter tatsächlich beschäftigt waren, also ausschließlich der Arbeitslosen und Kranken, war:

1913/14 (Vortriebsgebiet)	10 700 000
1924	9 995 000
1925	10 100 000
1926	9 165 000
1927	10 435 000
1928	10 795 000
1929	10 245 000

Die Anzahl der Arbeitnehmer, die in der Industrie tatsächlich beschäftigt waren, war 1924 also nicht unwesentlich geringer als in der Vorkriegszeit, während doch gleichzeitig die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer in allen Wirtschaftszweigen zusammengekommen 1924 beträchtlich höher war als in der Vorkriegszeit und die Zahl der Industriearbeiter in den abgetretenen Gebieten verhältnismäßig gering war. Der prozentuale Anteil der Industriearbeiterschaft an der Gesamtarbeiterschaft war in den Jahren nach 1924 einmal geringer als in der Vorkriegszeit, und ferner zeigte er nicht die in der Vorkriegszeit übliche Tendenz zum Steigen. Die folgende Uebersicht gibt den Prozentsatz der Industriearbeiterschaft von der Gesamtarbeiterschaft (einschließlich der Angeestellten, ausschließlich der Arbeitslosen und Kranken):

1913/14	62,5	1927	54,3
1924	56,5	1928	54,6
1925	53,2	1929	52,5
1926	52,0		

Der Anteilrückgang von 1913/14 bis 1924 war sehr erheblich; auch von 1924 bis 1925 ging der Anteil entschieden zurück; in den folgenden Jahren schwankte er, aber hatte weiterhin eine Tendenz zum Sinken.

Wie ist das zu erklären? Nähern wir uns dem Ende der Periode des Industrielapitalismus? Wird die Industriearbeiterschaft weiterhin an Bedeutung verlieren?

Zurück zu den alten Zeiten gehen wir sicherlich nicht. Die Landwirtschaft hat als Arbeitgeber ebenfalls in den letzten Jahrzehnten verloren und damit eine alte Tradition fortgelegt. Wer aber hat gewonnen? Vor allem Handel und Verkehr — jedoch nicht in dem Maße, wie die Industrie verloren hat.

In den letzten Jahren ist die Nationalisierung, und zwar ganz besonders in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, außerordentlich fortgeschritten. Gleichzeitig ist die Produktion gestiegen, aber lange nicht so stark wie die Arbeitsintensität. Da die Unternehmer nun die tägliche Arbeitszeit nicht herabsetzen, wurden immer weniger Arbeitnehmer dazu gebraucht, um das Sozialprodukt herzustellen. Immer weniger Arbeiter stellen bei außerordentlich steigender Arbeitsintensität ein Sozialprodukt her, das sich nur langsam vergrößert.

Wir haben es hier also mit einem Phänomen zu tun, das der Periode des Hochkapitalismus eigenständig ist, in dem sich die Proportionen zwischen Produktion, Arbeitsintensität und Arbeitszeit immer mehr versetzen, in dem der Wirtschaftsaufbau immer unorganisiert wird. Infolge dieser völlig unproportionalen Arbeitsumstände wird die Anzahl benötigter Industriearbeiter von Jahr zu Jahr geringer und gleichzeitig die Lebenslage der Industriearbeiter von Jahr zu Jahr unglücklicher. Denn diese Verhältnisse führen zu dauernder und dauernd steigender Arbeitslosigkeit und damit, da die industrielle Reservearmee infolgedessen wächst, zur Schwächung der Arbeiter in Lohnkämpferhandlungen.

Die Planlosigkeit der heutigen Wirtschaftsführung hat also eine immer stärkere Verelendung der Arbeitnehmer, bei einer dauernd wachsenden Reservearmee von Hand- und Knechtarbeitern, zur Folge. Eine solche Entwicklung hat ihre natürlichen Grenzen, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Grenzen erreicht sein werden. Was jenseits dieser Grenze liegt, wird von der heutigen Wirtschaft grundverschieden sein.

Jürgen Ruczynski

